

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Ergänzung zur Tagesordnung Complément à l'ordre du jour Complemento all'ordine del giorno

Frühjahrssession 2025

Session de printemps 2025

Sessione primaveraile 2025

Stand / état / stato: 14.03.2025

Fragestunde vom 17. März 2025 (Art. 31 des Geschäftsreglementes des Nationalrates)**Heure des questions du 17 mars 2025** (Art. 31 du Règlement du Conseil national)**Ora delle domande 17 marzo 2025** (Art. 31 del Regolamento del Consiglio nazionale)

Nr. No. n.	Geschäftstitel Titre de l'objet Titolo dell'oggetto	Eingereichter Text Texte déposé Testo depositato
------------------	---	--

Finanzdepartement

25.7176	DE FR IT	Fra. Marchesi. Asylunterkunft in Luino (Italien), 100 Meter von der Schweizer Grenze entfernt: Ist der Bundesrat dazu bereit, den Grenzübergang Fornasette zu schliessen?	Mit Bezug auf die Antwort zur Frage 25.7020: - Würde der Bundesrat die Möglichkeit in Erwägung ziehen, den Grenzübergang Fornasette ganz oder teilweise (z. B. in der Nacht) zu schliessen, wenn durch die Asylunterkunft im italienischen Luino die öffentliche Ordnung in der Schweiz gestört würde oder seine Bewohnerinnen und Bewohner illegal die Grenze überquerten? - Nach welchen Kriterien würde so eine Massnahme umgesetzt?
25.7222	DE FR IT	Fra. Barandun. Ist der Bundesrat bereit, in die strategische Sicherheit der Schweiz zu investieren?	Nachdem sich der National- wie auch der Ständerat gegen einen Verkauf von Beyond Gravity ausgesprochen haben: - Wie sieht der Bundesrat das weitere Vorgehen? - Ist er bereit in das Unternehmen und damit in die strategische Sicherheit und die Innovationsfähigkeit der Schweiz zu investieren, um Beyond Gravity marktfähig zu erhalten und gleichzeitig Know-how in der Schweiz zu sichern?
25.7224	DE FR IT	Fra. Kaufmann. Lohnentwicklung beim Bund gegenüber Kantonen und Gemeinden	Im Jahr 2024 ist der durchschnittliche Bruttolohn der Angestellten des Bundes erstmals auf über 130'000 Franken pro Jahr angewachsen. Wie beurteilt der Bundesrat diese Entwicklung und ist er auch der Meinung, dass insbesondere Kantone und Gemeinden durch die grosszügige Entlohnung des Bundes benachteiligt werden?

25.7233	DE FR IT	Fra. Stadler. Ist das Lohnbewertungssystem noch zeitgemäss?	Das heutige Bewertungssystem des Bundespersonals ist überholt und setzt falsche Anreize. So wird etwa statt der Leistung das Alter viel zu stark gewichtet. Müsste der Bund als moderner Arbeitgeber nicht entsprechende Anpassungen angehen?
25.7237	DE FR IT	Fra. Knutti. Totalüberwachung im Strassenverkehr	Nach Angaben von Organisationen plant das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG), auf Schweizer Straßen zusätzlich 45 Kontrollbalken einzusetzen und 30 neue mobile Kontrollfahrzeuge zu beschaffen. Dies weckt den Verdacht, dass Automobilisten künftig mit noch mehr Kontrollen belastet werden 1. Wie hoch sind die Gesamtkosten für die Anschaffung der 45 Kontrollbalken und 30 Kontrollfahrzeuge? 2. An welchen Orten und auf welchen Straßenabschnitten sollen diese neuen Kontrollanlagen eingesetzt werden?
25.7243	DE FR IT	Fra. Fonio. Braucht es wirklich ein Sparpaket für die Bundesfinanzen?	Die Rechnung des Bundes 2024 fällt deutlich besser als erwartet: Statt dem budgetierten Defizit von 2.6 Milliarden Franken, ist es nun nur ein Minus von 80 Millionen nachdem über Monate der Eindruck in Raum stand, dass ein riesiger Schuldenberg absehbar ist. Ist vor diesem Hintergrund ein Entlastungspaket überhaupt notwendig?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

25.7159	DE FR IT	Fra. Molina. Skandalöse Absage der Konferenz der Hohen Vertragsparteien der Genfer Konventionen zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts im Nahost-Konflikt	Im 18.09.24 beauftragte die UNO-GV die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen zur Durchführung einer Konferenz zum Schutz von Zivilpersonen im Nahost-Konflikt. Letzte Woche sagte die Schweiz diese ab. - Mit welchem Recht sagte die Schweiz diese ab? Gibt es einen vergleichbaren Fall? - Welche Auswirkungen für das humanitäre Völkerrecht hat dieser Entscheid? - Welcher Image-Schaden entsteht der Schweiz? - Hat der Vorsteher EDA versucht, der Abschlusserklärung seine Vorstellungen aufzudrücken?
---------	--	--	--

25.7160	DE FR IT	Fra. Molina. Bruch des Dayton-Abkommens und drohende Sezession der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina (BiH)	Die Republika Srpska hat letzte Woche ein Gesetz erlassen, das der Verfassung von BiH und dem Dayton-Abkommen widerspricht und faktisch auf eine Sezession der Entität abzielt. Eine Sezession hätte verheerende Auswirkungen auf Stabilität, Frieden und Sicherheit auf dem Westbalkan. - Wie beurteilt der Bundesrat die jüngste Entwicklung? - Welchen Beitrag leistet er zur Wahrung von Frieden und Sicherheit? Ist eine Truppenerhöhung bei EUFOR geplant? - Wie unterstützt er den Hohe Repräsentant für BiH?
25.7174	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Abhängigkeit von US-Techkonzernen	Diverse Schweizer Unternehmen, Schulen und Universitäten nutzen die Dienstleistungen von US-Techkonzernen wie Google, Microsoft, Apple, Amazon, Meta etc.. Sollte die US-Regierung ihren zunehmend autokratisch-nationalistischen Kurs beibehalten, könnten diese Unternehmen und die damit einhergehenden Abhängigkeiten als Druckmittel gegen andere Staaten eingesetzt werden. - Ist der Bundesrat daran, diesbezüglich eine Strategie zu planen? - Ist aus Sicht des BR ein Decoupling von den USA notwendig?
25.7177	DE FR IT	Fra. Molina. Geplante israelische Gesetzgebung gegen die Arbeit von NGOs zu Gunsten von Frieden und Menschenrechten	In der Knesset ist eine Gesetzgebung in Arbeit, NGOs mit internationaler Finanzierung massiv einzuschränken. - Wie plant der Bundesrat sicherzustellen, dass gesprochene Finanzierungsbeiträge an NGOs weiterhin vollständig und zweckgerecht verwendet werden können? - Welche Schritte erwägt der er, um gegenüber der israelischen Regierung klarzumachen, dass die Einschränkung von Menschenrechtsorganisationen und Organisationen der humanitären Hilfe die bilateralen Beziehungen belasten könnten?
25.7181	DE FR IT	Fra. Vontobel. EDA-Gelder für Hamas-nahe Organisation: Wie rechtfertigt der Bundesrat diese Finanzierung?	Laut Audiatur Online finanzierte das EDA von 2013 bis 2023 das Press House-Palestine mit fast einer Million Franken. Diese Organisation ist eng mit der Hamas verbunden und schulte Gaza-Bewohner in Propaganda. 1. Wusste der Bundesrat davon, und wie rechtfertigt er es? 2. Wird der Bund zur Aufklärung beitragen? 3. Wie will der Bundesrat künftige Fehlfinanzierungen verhindern? 4. Drohen juristische Klagen wegen der Unterstützung terrornaher Organisationen?

25.7194	DE FR IT	Fra. Molina. Ermordeter Schweizer im Iran?	Anfang Januar wurde bekannt, dass ein Schweizer Staatsbürger in einem Gefängnis im Iran gestorben ist. - Wurde der Leichnam von der Bundesanwaltschaft inzwischen obduziert? Mit welchem Ergebnis? - Weshalb wurde dem Mann vom Iran der konsularische Schutz verweigert? - Wie hat die Schweiz gegenüber dem Iran reagiert? - Wie würde der Bundesrat reagieren, wenn der Mann vom Iran ermordet wurde? Würde das Schutzmachtmandat beendet? - Besteht ein Zusammenhang des Falls mit dem Fall Abedini/Sala?
25.7204	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Bedrohung des internationalen Genfs und der Schweiz: Welche Strategie verfolgt der Bundesrat?	Nachdem die USA die Finanzierung internationaler Organisationen beendet haben und der Multilateralismus in Verruf gebracht worden ist, ist das Funktionieren des internationalen Genfs stark beeinträchtigt. Lebensrettende Programme werden eingestellt. Neben der Finanzierung werden auch die humanitären Werte, die die Schweiz vertritt, bedroht. Setzt sich der Bundesrat dafür ein, dass Alternativen gefunden werden, insbesondere mit der Unterstützung von Ländern, die unsere demokratischen Werte teilen?
25.7206	DE FR IT	Fra. Calame. Wird in Berlin über das Schweizer Militärbudget entschieden?	Die Medien berichten, dass deutsche Politikerinnen und Politiker unsere geringen Militärausgaben kritisieren. Die Schweiz ist ein neutraler und souveräner Staat und weder NATO- noch EU-Mitglied. Die Festlegung des Verteidigungsbudgets ist ein wichtiges nationales Vorrecht, das ausschliesslich uns zusteht. Wie beurteilt der Bundesrat diese Einmischung?
25.7207	DE FR IT	Fra. Calame. Ist es mit der Neutralität vereinbar, die Verteidigungsausgaben anderer Länder mitzufinanzieren?	Die EU hat kürzlich ein Rüstungsprogramm in der Höhe von 800 Milliarden Euro angekündigt. Es ist damit zu rechnen, dass die EU die Schweiz unter dem Vorwand der gemeinsamen Sicherheit zur Kasse bitten wird. In diesem Zusammenhang bitte ich den Bundesrat, sich zur Frage zu äussern, ob es mit der Neutralität der Schweiz vereinbar ist, die Verteidigungsausgaben anderer Länder mitzufinanzieren.
25.7216	DE FR IT	Fra. Kolly. Europäischer Gerichtshof und die Schweiz: Urteile des Schiedsgerichts – Antwort des Bundesrats	In seiner Antwort auf meine Frage 25.7000 schrieb der Bundesrat, dass in jedem Fall das Schiedsgericht abschliessend über einen Streitfall entscheide. Die Europäische Kommission behauptet hingegen, dass eine Auslegungsentscheidung des Europäischen Gerichtshofs für das Schiedsgericht bindend sei. 1. Welche Information stimmt? 2. Sind die Auslegungsentscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für das Schiedsgericht bindend? Oder kann das Schiedsgericht die Auslegungsentscheidungen des Europäischen Gerichtshofs und seine Rechtsprechung ignorieren?

25.7235	DE FR IT	Fra. Rüegger. EDA: Kosten/Nutzen des IC Forum Schweiz	- Seit wann gibt es das IC Forum Schweiz? - Wieviel hat das IC Forum vom 27./28.2.2025 den Bund gekostet? - Wieviel die Jahre 2024/2023? Aus welchem Budget wurden die Ausgaben getätigt? - Stimmt es, dass das Forum 2025 ein opulentes Galadinner bot? - Wie war die Teilnehmerstruktur: Anteil Bundesangestellte, Mitarbeiter NGO's, potentielle private und juristische Geldgeber? - Welchen finanziellen Nutzen bringt das IC Forum? Erachtet der Bundesrat solche Anlässe als sinnvoll eingesetzte Entwicklungshilfegelder?
25.7236	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Humanitäre Krise in Gaza: Wie reagiert die Schweiz?	Seit dem 2. März 2025 verhindert Israel, dass humanitäre Hilfe nach Gaza gelangt. Das Welternährungsprogramm ist alarmiert, weil die Nahrungsmittelvorräte dramatisch zurückgehen. Die Entscheidung der israelischen Regierung, die Stromzufuhr abzuschalten, veranschaulicht erneut die Verbrechen der israelischen Regierung am palästinensischen Volk. Wird sich der Bundesrat den dringenden Appellen anderer europäischer Länder anschliessen, um die Aufhebung der Blockade der humanitären Hilfe für Gaza zu erwirken?
25.7244	DE FR IT	Fra. Addor. Nichteinhaltung der üblichen Verfahren durch die Volksbefreiungsarmee: Wie reagiert der Bundesrat?	Die Volksbefreiungsarmee Chinas hat am 23. und 24. Februar in der Tasmansee und am 26. Februar in der Taiwanstrasse, nahe des Hafens von Kaohsiung, Schiessübungen mit scharfer Munition durchgeführt. Entgegen den üblichen Verfahren hat sie jedoch die zuständigen Behörden nicht vorab darüber informiert. Dieses ungewöhnliche Vorgehen birgt ein enormes Risiko von unbeabsichtigten Konflikten in diesen Regionen, in denen die Schweiz bedeutende Wirtschafts- und Handelsinteressen verfolgt. Wie hat der Bundesrat reagiert oder wie beabsichtigt er zu reagieren?
25.7249	DE FR IT	Fra. Arslan. Massaker in Nordwest-Syrien an Alawiten und Christen – Was unternimmt die Schweiz?	Im Nordwesten Syriens wurden schwere Massaker an Zivilisten verübt, vor allem an Alawiten und Christen. Laut der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte starben über 1000 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder. Der Nationalrat forderte 2018 den BR auf, die Gewalt in Syrien zu verurteilen und sich für einen Friedensprozess mit allen Konfliktparteien einzusetzen. - Hat der BR diese Verbrechen verurteilt? - Plant er Massnahmen, etwa den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) anzurufen?

25.7257	DE FR IT	Fra. Glättli. Schwere Massaker an Zivilist:innen in Syrien - wie unterstützt der Bundesrat rechtsstaatlich korrekte, transparente Aufarbeitung?	Im Nordwesten Syriens wurden schwere Massaker an Zivilist:innen verübt, vor allem an Alawiten und Christen. Experten sprechen von über 1000 Toten. Der NR forderte 2018 den Bundesrat auf, sich gegen Gewalt und für einen Friedensprozess einzusetzen. Wie unterstützt der BR die angekündigte Untersuchung der syrischen Übergangsregierung, um ihre Unabhängigkeit, Gründlichkeit und Transparenz zu gewährleisten, damit Opfer Wiedergutmachung erfahren und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden?
---------	--	---	---

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

25.7164	DE FR IT	Fra. Riem. Zeitplan Überarbeitung Gewässerschutzgesetz	Einige überwiesene Motionen verlangen gemäss der Antwort auf die Motion Müller (24.4589) verschiedene Änderung des Gewässerschutzgesetz. Wie weit sind die dazugehörigen Arbeiten fortgeschritten und wann sind die nächsten Schritte geplant? (Vernehmlassung, Parlamentarische Debatte ect.)
25.7166	DE FR IT	Fra. Steinemann. Durch Unterschutzstellung von Gefängnismauern den Rechtsstaat aushebeln?	Seit Jahren wehren sich Anwohner gegen die Ausweitung des Perimeters der Strafanstalt Pöschwies in Regensdorf. Das Baurekursgericht entschied in BRGE IV Nr. 0117/2021 zugunsten der Anwohner. Nun will plötzlich die Justizdirektion das Gemäuer der JVA aus dem Jahr 1995 unter Denkmalschutz stellen. Die Dokumente der kant. Denkmalpflege ergeben keine Hinweise auf einen erweiterten Perimeter. Welchen Einfluss hat eine Unterschutzstellung auf die Rechtsstellung der Anwohner im laufenden Verfahren?
25.7171	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Pannestreifen-Umnutzung auf der A1: Wann geht es endlich voran?	Die A1 ist stark überlastet und leidet besonders in Hauptverkehrszeiten unter erheblichen Staus. An einigen Abschnitten wird der Pannestreifen bereits als Fahrspur genutzt, doch der Ausbau schreitet nur langsam voran. - Welche Abschnitte der A1 sind für eine Pannestreifen-Umnutzung vorgesehen? - Welche Erfahrungen gibt es bezüglich Verkehrssicherheit und Stauvermeidung? - Welche Hürden stehen einer raschen, flächendeckenden Umsetzung entgegen? - Weshalb schreitet der Ausbau nicht schneller voran?

25.7173	DE FR IT	Fra. Kolly. Aufnahme des Wasserkraftprojekts «Schiffenen–Murten» in die Liste der Projekte des runden Tisches im Mantelerlass «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien»	In Anhang 2 des geänderten Stromversorgungsgesetzes, das mit der Volksabstimmung vom 9. Juni 2024 angenommen wurde, sind die 16 vom runden Tisch ausgewählten Projekte aufgeführt. Im Kanton Freiburg wird das Projekt «Schiffenen–Murten» entwickelt, das für die zusätzliche Produktion von rund 100 Gwh Strom sorgen könnte. Dabei handelt es sich um ein unterirdisches Projekt, das der Umwelt und der Biodiversität förderlich ist. Beabsichtigt der Bundesrat, das Projekt «Schiffenen–Murten» zu unterstützen und es in Anhang 2 als Projekt von nationalem Interesse aufzunehmen?
25.7175	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Hass und Hetze auf Metaplattformen	Mit der Amtseinführung von Donald Trump gab Meta bekannt, die unabhängigen Faktenprüfungen in den USA abzuschaffen und die Regeln im Umgang mit Hass & Hetze zu lockern. Nun droht Mark Zuckerberg der EU, gemeinsam mit der US-Regierung gegen den DSA (digital service act) vorzugehen. - Wie beurteilt der Bundesrat die Situation für die Schweiz? - Ergreift der Bundesrat Massnahmen, wenn auf Social-Media Plattformen nicht mehr gegen Hass, Hetze und Desinformation vorgegangen wird?
25.7179	DE FR IT	Fra. Roth David. Ist die Verlagerung auf die Schiene auch während und nach Modernisierung der Paketzentren sichergestellt?	Die Post modernisiert ab 2027 die Verteilzentren Härkingen, Frauenfeld und Dillon. Härkingen wird über zwei Jahre stillgelegt, täglich über 300'000 Pakete werden anderswo verarbeitet. Gleichzeitig plant die Post, mehr Pakete auf der Ost-West-Achse per Bahn zu transportieren. - Wie schätzt der Bundesrat das Risiko einer Rückverlagerung auf die Strasse ein? - Welche Massnahmen sind vorgesehen, um den Bahntransport sicherzustellen und zeitnah auszubauen?
25.7184	DE FR IT	Fra. Michaud Gigon. Den Auftrag von Vetroswiss auf die umfassenderen Ziele der Verordnung über Getränkeverpackungen (VGV) und die vorgezogene Entsorgungsgebühr (VEG) abstimmen	Vetroswiss, die vom Bund mit der Verwaltung der VEG beauftragt wurde, konzentriert ihre Aktivitäten auf das Recycling und die Sensibilisierung für das Recycling. Die VGV sieht bereits vor, dass die VEG für die Finanzierung der Reinigung und der Wiederverwendung von intaktem Glas verwendet werden kann. Im revidierten Umweltschutzgesetz wird die Wichtigkeit der Wiederverwendung zusätzlich hervorgehoben. Welche Massnahmen plant der Bundesrat, um das Mandat von Vetroswiss mit der VGV und mit den neuen Bestimmungen zur Wiederverwendung in Einklang zu bringen sowie die festgestellte Abweichung zu beheben?

25.7185	DE FR IT	Fra. Gianini. Entgleisung im Gotthard-Basistunnel: Den Intervall für die Instandhaltung der Räder von Güterwagen verkürzen!	Der Entwurf des Schlussberichts der Schweizerischen Sicherheitsuntersuchungsstelle liegt vor. Auf das Problem der Bremsen kommen wir in einem späteren Vorstoss zu sprechen. - Mit Bezug auf die Probleme mit den Rädern, die schon durch den Zwischenbericht und durch Warnungen zu anderen Radtypen (vgl. meine Vorstösse 23.7870 und 24.1034 und nun die Dutzend Vorfälle in Europa) bekannt wurden: Ist es für den Bundesrat eine Option, den Intervall für die Instandhaltung des Rollmaterials zu verkürzen? - Erachtet er eine Verkürzung als erforderlich? - Erachtet er sie als umsetzbar? - Auch, wenn sie eigenständig, nur für den Transit in der Schweiz durchgesetzt wird?
25.7186	DE FR IT	Fra. Gianini. Entgleisung im Gotthard-Basistunnel: Besorgniserregende Punkte hinsichtlich des Risikos des Gütertransports durch unsere Wohngebiete	Der Entwurf des Schlussberichts der Schweizerischen Sicherheitsuntersuchungsstelle umfasst einige besorgniserregende Punkte. Insbesondere aufgrund der beschriebenen kritischen Punkte und der Dutzenden Problemfälle, die inzwischen noch aufgedeckt worden sind, ist nicht auszuschliessen, dass es wieder zu ähnlichen Vorfällen kommt. - Inwieweit wird dies bei der Aktualisierung der «Abschätzung der Risiken für die Bevölkerung und die Umwelt beim Transport gefährlicher Güter auf der Bahn» berücksichtigt werden? Die letzte Abschätzung wurde am 1. Februar 2021 veröffentlicht. - Für wann ist die nächste vorgesehen?
25.7188	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Ramadan-Plakate in der Schweiz	Die SBB plakatiert derzeit in den Schweizer Bahnhöfen die folgende Aufforderung: „Teilen Sie die Freude des Ramadans, egal wie gross die Entfernung“. Wie stellt sich der Bundesrat zu diesem Plakat (der Western Union und SBB) aufgrund der Tatsache, dass die SBB eine der Eidgenossenschaft gehörende öffentlich-rechtliche Aktiengesellschaft ist, und dass das SBB-Reglement religiöse Werbung ausdrücklich verbietet?
25.7192	DE FR IT	Fra. Seiler Graf. Zulassung der Drohne Hermes 900 HFE im schweizerischen und im europäischen Luftraum	- Was sind die Zulassungsbedingungen und -aussichten für die Drohne Hermes 900 HFE mit dem von der RUAG entwickelten «Detect and Avoid System» im Lichte der aktuellen und der kommenden Standards der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) für solche Systeme? - Prüft das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) für die Zulassung der Hermes 900 HFE im schweizerischen und im europäischen Luftraum als EASA Agent ein Zulassungsbegehren (Application) der Armasuisse und wendet es die EASA Regularien an?

25.7196	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Letzter Platz für die Schweiz - fehlende Indikatoren verunmöglichen die wirksame Überprüfung der Massnahmen	Ende Februar fand in Rom die Fortsetzung der UNO-Biodiversitätskonferenz statt. In diesem Zusammenhang publizierte WWF International eine Vergleichsstudie, welche die nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung des Artensterbens beurteilte. Die Schweiz rangiert auf dem letzten Platz, weit hinter Ländern mit weniger finanziellen Mitteln. Beim Schweizer Aktionsplan fehlen für viele Ziele wirksame Massnahmen und Indikatoren. - Bis wann liegen die Indikatoren vor? - Wann die Messung der Ziele und Massnahmen?
25.7203	DE FR IT	Fra. Storni. Standesinitiative des Kantons Tessin «Sicherere Strassen jetzt!»: Warum dauert es so lange bis zur Umsetzung?	Die Standesinitiative des Kantons Tessin 17.304 «Sicherere Strassen jetzt!» wurde im Januar 2018 erstmals von der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerats und schliesslich nach einem langwierigen Verfahren von beiden Kammern in der Schlussabstimmung am 1. Oktober 2021 angenommen. Dann geschah bis zur Vernehmlassung im Jahr 2024 nichts mehr. In der Vernehmlassungsvorlage ist zu lesen, dass die Änderungen am 1. Januar 2026 in Kraft treten werden. 1. Ist dieser Termin bestätigt? 2. Wieso tritt eine 2021 beschlossene Massnahme zur Erhöhung der Sicherheit im Strassengüterverkehr erst 51 Monate später in Kraft?
25.7209	DE FR IT	Fra. Wismer Priska. Welche Aufgaben erfüllen BFE-Mitarbeitende, die sich mit Bewilligungen im Bereich der Kernenergie beschäftigen?	Auf der Homepage des BFE ist erwähnt, dass sich aktuell Mitarbeitende mit der «Vorbereitung und Erteilung von Bewilligungen im Bereich der Kernenergie» beschäftigen. Aus welchem Grund beschäftigen sich Mitarbeitende mit Bewilligungen im Bereich Kernenergie, obwohl im Gesetz nach wie vor ein Neubauverbot von Kernenergieanlagen steht? Seit wann gibt es diese Stellen? Wie viele Mitarbeitende arbeiten in der entsprechenden Abteilung? Mit welchen konkreten Aufgaben beschäftigen sich diese Mitarbeitenden?
25.7211	DE FR IT	Fra. Schmezer. Wo bleibt die CO2-Verordnung?	Die Ausgestaltung der CO2-Verordnung ist von grosser Bedeutung für die Erreichung der gesetzlichen Emissionsziele, insbesondere sind es die Ausführungsbestimmungen für Personenkraftwagen. Die Vernehmlassung dazu wurde am 17. Oktober 2024 abgeschlossen. Wieso ist per März 2025 die dringend benötigte Verordnung noch nicht in Kraft?
25.7212	DE FR IT	Fra. Schmezer. Unterstützung für Erleichterungen in der Vernehmlassung?	Die Ausgestaltung der CO2-Verordnung ist von grosser Bedeutung für die Erreichung der gesetzlichen Emissionsziele, insbesondere sind es die Ausführungsbestimmungen für Personenkraftwagen. Im Entwurf waren keine Erleichterungen bei Sanktionsabgaben vorgesehen. - Wie viele konsultierte bzw. auf die Vernehmlassung antwortende Institutionen haben sich innert der Vernehmlassungsfrist für Erleichterungen bei Zielverfehlung ausgesprochen? - Wie hoch war deren Anteil an allen Antworten?

25.7213	DE FR IT	Fra. Schmezer. Nimmt der Bundesrat die Finanzkontrolle ernst?	Die Ausgestaltung der CO₂-Verordnung ist von grosser Bedeutung für die Erreichung der gesetzlichen Emissionsziele, insbesondere sind es die Ausführungsbestimmungen für Personenwagen. Die Eidgenössische Finanzkontrolle hat die Wirksamkeit der CO₂-Sanktionen für neue Personenwagen evaluiert und kommt explizit zum Schluss, dass von Erleichterungsmassnahmen bei Zielverfehlung abzusehen sei. Teilt der Bundesrat die Meinung der EFK und falls nicht, aus welchen Gründen?
25.7214	DE FR IT	Fra. Schmezer. Umfang der bisherigen Erleichterungen für die Autobranche	Die Ausgestaltung der CO₂-Verordnung ist von grosser Bedeutung für die Erreichung der gesetzlichen Emissionsziele, insbesondere sind es die Ausführungsbestimmungen für Personenwagen. In der Vergangenheit (insbesondere 2015 und 2020) wurden erleichternde Einführungsbestimmungen (Supercredits, Phasing-In) eingeführt, welche die Sanktionsbeträge bei Emissionszielüberschreitungen reduzierten. Wie hoch sind (kumuliert) die sanktionsfreien Zielvorgabenüberschreitungen seit 2010 in der Schweiz?
25.7218	DE FR IT	Fra. Dettling. Tausende Arbeitsplätze durch CO ₂ Verordnung akut bedroht	- Ist sich der Bundesrat bewusst, dass er mit der CO₂-Verordnung Tausende von Arbeitsplätzen riskiert? Schätzungen gehen von einem direkten und indirekten volkswirtschaftlichen Schaden von bis zu 500 Millionen Franken aus, die durch die Sanktionsdrohungen der CO₂-Verordnung ausgelöst werden. Dadurch stehen Tausende von Arbeitsplätzen und die Existenz etlicher Betriebe auf dem Spiel. - Ist sich der Bundesrat dessen bewusst? - Was unternimmt er konkret um diesen Schaden abzuwenden?
25.7232	DE FR IT	Fra. Dettling. Swiss Finish in der CO ₂ Verordnung	- Verzichtet der Bundesrat in der CO₂-Verordnung konsequent auf kostentreibende «Swiss Finish»-Regulierungen? Im CO₂-Gesetz wurde eindeutig beschlossen, dass die Regelungen der Europäischen Union Berücksichtigung finden (vgl. etwa Art. 10 Abs. 4 oder Art. 12 Abs. 4 des CO₂-Gesetzes). - Ist sich der Bundesrat dessen bewusst und verzichtet er in der CO₂-Verordnung folglich konsequent auf schärfere, kostentreibende «Swiss Finish»-Regulierungen?
25.7234	DE FR IT	Fra. Dettling. Rückwirkung in der CO ₂ Verordnung ist zu streichen	- Wieso untergräbt der Bundesrat mit der rückwirkenden Inkraftsetzung der CO₂-Verordnung die Rechtssicherheit? Der vorläufige Entwurf der CO₂-Verordnung sieht ein rückwirkender Geltungsbereich vor. Bei Inkrafttreten bezieht sich der Text etwa auf die nun bereits verstrichenen Monate Januar und Februar 2025. Dies stellt ein grober Verstoß gegen das Rechtsstaatlichkeitsprinzip dar. - Ist der Bundesrat bereit dies zu korrigieren?

25.7253	DE FR IT	Fra. Gianini. CO2-Verordnung: Wann und wie?	Die neue CO₂-Verordnung ist noch nicht in Kraft. Dies verursacht Rechtsunsicherheit und erschwert die Planung der betroffenen Firmen. - Bis wann gedenkt der Bundesrat diese in Kraft zu setzen? - Und: In Anbetracht der vom wichtigen Automobilsektor gemeldeten finanziellen Schwierigkeiten, ist es vorstellbar, dass der Bundesrat ihnen mit einem Phasing-In sowie einer Übertragbarkeit der Ergebnisse über einen Zeitraum von einigen wenigen Jahren entgegenkommt, wie es die EU angekündigt hat?
25.7226	DE FR IT	Fra. Roduit. Fehlerhafte Airbags in der Schweiz: Wer informiert?	Der Skandal um fehlerhafte Airbags, der mehrere Automarken betrifft, hat in vielen Garagen in der Schweiz Besorgnis ausgelöst. Die Betriebe erhalten aber von den Herstellern, den offiziellen Autoimporteuren, den Automobilverbänden oder auch von anderen Unternehmen der Branche nur sehr wenige Informationen über das Risiko von schweren oder gar tödlichen Unfällen. Ist dem Bundesrat das Ausmass des Problems bekannt und beabsichtigt er, eine Mitteilung zu diesem Thema herauszugeben, um die Konsumentinnen und Konsumenten und die Fachleute dieser Branche zu beruhigen?
25.7229	DE FR IT	Fra. Bühler. Werden die Einmischungen von USAID in der Schweiz untersucht?	In den USA wurde bekannt, dass die US-Entwicklungsbehörde USAID beträchtliche Summen an Medien in Europa gezahlt hat. Es ist erschreckend, dass USAID so viel Geld in die Medienlandschaft gesteckt hat und sich damit offensichtlich einmischt. 1. Hat der Bundesrat eine Liste der Schweizer Medien angefordert, die von USAID gekauft oder finanziell beeinflusst wurden? 2. Wenn nein, warum nicht? 3. Waren die Schweizer Medien oder Journalistinnen und Journalisten, die angeblich von USAID bezahlt wurden, Leidtragende ausländischer Einmischung?
25.7230	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Ausfuhr von Wertstoffen zur Rezyklierung / Lamellen-Recycling	Gemäss heutiger Rechtslage ist beispielsweise im Lamellen-Recycling keine Ausfuhr von Wertstoffen für das Recycling möglich, was auch im Sinne des Umweltschutzes nicht wirklich sinnvoll ist. 1. Weshalb ist eine Ausfuhr nach Deutschland von Wertstoffen zu Recycling Zwecken heute nicht möglich? 2. Welche Gesetze müssten angepasst werden, damit eine Ausfuhr von Wertstoffen nach Deutschland (ist oft Produktionsstandort) möglich wäre? 3. Welche Stellen / Behörden wären dafür zuständig?
25.7239	DE FR IT	Fra. Schnyder Markus. Abklärung der Fahreignung (SVG). Gibt es kantonale Unterschiede?	Gemäss Art. 15d, Absatz 2 des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) bieten die kantonalen Behörden Personen ab vollendetem 75. Altersjahr alle zwei Jahre zu einer vertrauensärztlichen Untersuchung auf. - Wie beurteilt der Bundesrat die Ausgestaltung dieser Untersuchung? - Gibt es kantonale Unterschiede? - Würde der Bundesrat eine einheitliche Umsetzung befürworten?

25.7245	DE FR IT	Fra. Zybach. Der Bundesrat reagiert auf die ungenügende Finanzierung der nationalen Biotope, aber reicht das?	Auf meine Frage 24.7909 schreibt der Bundesrat, er habe auf die Finanzierungslücken reagiert. Für den gesetzeskonformen Schutz und Unterhalt der fünf Biotopinventare von nationaler Bedeutung braucht es jährlich 126 Mio. Franken sowie einen einmaligen Betrag von 1.6 Mrd. Franken für Sanierungen (siehe Biotope von nationaler Bedeutung). - Ist die Prioritätensetzung im Budget eine Möglichkeit zur Missachtung von bestehenden Gesetzen? - Was macht der Bundesrat, um die Gesetzte einzuhalten und bis wann?
25.7254	DE FR IT	Fra. Haab. Wieso beurteilt eine ausgewiesene Gentechgegnerin die neuen züchtungstechnischen Verfahren im Auftrag des Bundesamts für Umwelt (BAFU)?	Im Januar erschien der Zwischenbericht, der im Auftrag des BAFU erstellt wurde. Dieser Bericht wird seit 2016 jährlich von semnar verfasst – einer Organisation, die Eva Gelinsky gehört. Frau Gelinsky ist seit 2010 im Vorstand der Schweizer Allianz gegen Gentechnik sowie von Gen Au Rheinau. 1. Wie erklärt sich der Bundesrat, dass eine derart eindeutig positionierte Akteurin mit der Analyse und Bewertung neuer Züchtungsverfahren betraut wird? 2. Wie hoch ist dieser Auftrag dotiert?
25.7256	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Unterwasserscooter für Sporttaucher. Weltweit erlaubt. In der Schweiz nicht. Macht das Sinn?	Tauchunfälle mit Unterwasser-Scootern sind so selten, dass sie bei der führenden Notfallorganisation für Tauchunfälle DAN (Divers Alert Network) nicht einmal gesondert ausgewiesen werden. Dennoch ist die Schweiz das einzige Land mit einem Verbot für Sporttaucher, während sie in Nachbarländern zugelassen sind. Schweizer Taucher müssen ins Ausland für die Scooter-Ausbildung. Was unternimmt der Bundesrat, um dieses Verbot aufzuheben?
25.7259	DE FR IT	Fra. Hübscher. Rückstände von Insektiziden und Akariziden bei Anwendungen auf Haustiere	Produkte wie Spot-on Lösungen, Halsbänder oder Sprays für die Anwendung von Insektiziden und Akariziden bei Haustieren enthalten oft Wirkstoffe wie Fipronil, Permethrin oder Imidacloprid. Hat der Bundesrat einen Überblick über allfällige Rückstände dieser Anwendungen in der Umwelt?
25.7261	DE FR IT	Fra. Knutti. Skigebiet wird nach 9 Jahren willkürlich mit einer Beschwerde belastet	Zehn Jahre nach der Einweihung des amtlich bewilligten Tellerlifts «Schwändli» droht dem beliebten Kinderskilift das Aus. Es scheint, als wollen die Beamten des Bundesamt für Umwelt BAFU jetzt durchsetzen, was sie die letzten neun Jahre verpasst oder ignoriert haben. 1. Welches Ziel verfolgt das BAFU mit dieser Beschwerde? Wo bleibt der gesunde Menschenverstand? 2. Ist der Bundesrat bereit, die Beschwerde zurückzuziehen? 3. War einmal jemand vom BAFU vor Ort und hat sich über die Situation informiert?

25.7262	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Warum unterstützt der Bundesrat den Frontalangriff auf den Gewässer- und Trinkwasserschutz?	Aufgrund der Antwort des Bundesrates zu Geschäft Mo. 24.4589, Realistisches Monitoring für den Gewässerschutz ergeben sich folgende Fragen: - Welche Stoffe könnten, aufgrund der bisherigen Messungen/ Erfahrungswerte, von einer Überprüfung betroffen sein? Welche davon sind ökologische Mittel? - Auf welcher Grundlage wurde die Definition von «wiederholt und verbreitet» erarbeitet? - Wieso schützt Art. 9 Abs. 6 GSchG die landwirtschaftliche Produktion nicht ausreichend?
25.7270	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Stilllegung der Linie Freiburg-Bern im Sommer 2025	Die Strecke Freiburg-Bern wird vom 27. Juni bis 25. August 2025 total gesperrt. - Wurden Varianten geprüft, beispielsweise die Schliessung nur eines Gleises, wie es 2022 der Fall war? - Mit welchen Auswirkungen auf den Modalsplit rechnet man mit dieser Totalsperrung? - Ist im Sommer mit weiteren Streckensperrungen zu rechnen (Raum Olten und Basel)? - Vom 2. bis 27. Juli findet die Frauenfussball-EM 2025 statt. Welche zusätzlichen Angebote sind geplant, um die Stadien in Bern und Genf zu erreichen?

Justiz- und Polizeidepartement

25.7161	DE FR IT	Fra. Jost. Ressourcen für Bekämpfung des Menschenhandels in der Prostitution	Der Bundesrat erwähnt in seiner Antwort auf Frage 2 der Interpellation 24.4068 Bekämpfung des Menschenhandels in der Prostitution die NAP-Massnahmen zur Ausbildung der Akteure gegen Menschenhandel. Ein Ausbildungskonzept wurde u.a. vom Fedpol 2024 finalisiert. - Mit welchen finanziellen Ressourcen werden diese Ausbildungsmassnahmen umgesetzt? - Welche Regelmässigkeit und welchen Zeithorizont der Schulungen ermöglichen die vorgesehenen Ressourcen?
25.7162	DE FR IT	Fra. Roduit. Dublin-Rückführungen nach Kroatien: mehr Menschlichkeit und Mitgefühl?	In den Medien und von Vereinigungen wurde über sehr problematische Rückführungen im Rahmen des Dublin-Verfahrens nach Kroatien berichtet. Inwieweit wenden der Bund und die Kantone das Selbsteintrittsrecht (Art. 17 der Dublin-III-Verordnung) an, indem sie auf Rückführungen verzichten, wenn eine asylsuchende Person sich in einem so schlechten gesundheitlichen Zustand befindet, dass eine Überstellung ihren Zustand erheblich verschlechtern könnte oder gar lebensbedrohliche Folgen haben könnte, insbesondere, wenn es sich um Kinder handelt?

25.7172	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Frage zur Antwort zu Interpellation 24.4068 "Bekämpfung des Menschenhandels in der Prostitution"	Das Bewusstsein für Menschenhandel in der Arbeitsausbeutung ist gestiegen. Es ist wichtig, dass diese Ausbeutungsform erkannt wird. Nun kam es jedoch zu einer Fokusverschiebung statt -erweiterung. So hat Menschenhandel in der Sexarbeit an Aufmerksamkeit verloren, obwohl in dieser Arbeitsbranche weiterhin viel Ausbeutung geschieht. - Was unternimmt der Bund, um sicherzustellen, dass weiterhin auch in der Sexarbeit Menschenhandel aufgedeckt wird und Opfer erkannt und unterstützt werden?
25.7180	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Verweigerung von Verpflichtungen aus der Dublin-Verordnung durch Italien	Nach Dublin-Abkommen müsste Italien Migranten zurücknehmen, verweigert jedoch die Kooperation. Der EuGH bekräftigt im Dezember 2024 (Az. C-185/24 und C-189/24), dass eine einseitige Aussetzung unzulässig ist. - Sind im Dublin-Abkommen Massnahmen gegen Länder vorgesehen, die ihre Verpflichtungen aus der Dublin-Verordnung einseitig verweigern, und falls ja, unter welchen Bedingungen und in welcher Form können sie ausgelöst werden? - Was unternimmt der Bundesrat zwecks Umsetzung dieser Rechtsprechung?
25.7182	DE FR IT	Fra. Kamerzin. Tombolas : Erhöhung der Höchstsumme aller Einsätze	Tombolas sind für die Finanzierung von vielen gemeinnützigen Vereinen sowie auch für Sport- und Kulturvereine von Bedeutung. Plant der Bundesrat in Anbetracht dessen, die Höchstsumme aller Einsätze für Tombolas nach Artikel 40 der Geldspielverordnung zu erhöhen, zum Beispiel auf 200 000 Franken?
25.7190	DE FR IT	Fra. Seiler Graf. Schutzprogramme für Opfer von Menschenhandel	Mehrere Kantone haben weder Schutzprogramme für Opfer von Menschenhandel noch haben sie Leistungsverträge mit spezialisierten Organisationen anderer Kantone. Die Opfer können weder in Schutzunterkünften untergebracht werden, noch erhalten sie die Beratung und Begleitung, die ihnen zustehen würde. - Wie stellt der Bund sicher, dass alle Opfer von Menschenhandel Schutz und Unterstützung erhalten? - Was tut der Bund, wenn die Kantone die Minimalstandards entsprechend dem NAP nicht umsetzen?
25.7193	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Katalog der obligatorischen Landesverweisung überprüfen	Art. 66a StGB sieht vor, dass ausländische Personen, welche in der Schweiz wegen einzeln aufgezählter Delikte verurteilt werden, für mindestens fünf Jahre obligatorisch des Landes zu verweisen sind. Dieser Katalog umfasst Delikte gegen Leib und Leben, diverse Vermögensdelikte sowie auch Sexualdelikte. 1. Müsste dieser Katalog mal wieder überprüft / erweitert werden? 2. Ist es richtig, dass Einbruchdiebstähle selten zur Landesverweisung führen? 3. Müssten Härtefälle (Abs. 2) besser begründet werden?

25.7199	DE FR IT	Fra. Aeschi. SP-Bundesrat Jans setzt parlamentarische Aufträge nicht um und nimmt damit weitere durch illegale Asyl-Migranten in der Schweiz begangenen Verbrechen in Kauf!	Folgende Vorstösse im Asylbereich wurden an SP-Bundesrat Jans überwiesen, bisher aber nicht umgesetzt: 11.3831 , 11.3832 , 16.4151 , 18.3408 , 21.3009 , 21.3964 , 21.4183 , 22.3392 , 22.4186 , 23.3031 , 23.3032 , 23.3082 , 23.3533 , 23.3838 , 23.3968 , 23.4038 , 23.4351 , 23.4440 , 23.4447 , 24.3022 , 24.3035 , 24.3373 , 24.3378 . - Weshalb setzt SP-Bundesrat Jans diese parlamentarischen Aufträge nicht um? - Übernimmt SP-BR Jans die Verantwortung für die durch illegale Asyl-Migranten in der Schweiz begangenen Verbrechen?
25.7200	DE FR IT	Fra. Aeschi. Deutschland, Dänemark, Schweden und Norwegen gehen konsequent gegen den Asyl-Missbrauch vor: Wie lange will SP-Bundesrat Jans dem eklatanten Missbrauch unseres Asylrechts, der steigenden Kriminalität und der stark erhöhten Terrorgefahr auch in unserem Land noch untätig zuschauen?	Zur Bekämpfung des Asyl-Missbrauchs will die deutsche Union/SPD-Koalition a. die Grenzkontrollen massiv ausbauen, b. deutlich mehr Asylbewerber an der Landesgrenze zurückweisen, c. ausreisepflichtige Ausländer vorübergehend in Haft nehmen, d. ausländische Gefährder und Straftäter konsequent abschieben und ihren kostenlosen Rechtsbeistand streichen, e. Familiennachzüge aussetzen und f. die Aufnahmeprogramme beenden (NZZ, 10.03.25). Weshalb lehnt der Bundesrat analoge Massnahmen für die Schweiz ab?
25.7201	DE FR IT	Fra. Aeschi. Abgewiesene Asylsuchende und jugendliche Illegale können noch einfacher in der Schweiz bleiben	Seit dem 1. Juni 2024 müssen abgewiesene Asylsuchende und jugendliche Illegale statt wie bisher während fünf Jahren nur noch während zwei Jahren die obligatorische Schule in der Schweiz besucht haben, um ein Härtefallgesuch im Hinblick auf eine Berufsausbildung einreichen zu können (siehe Medienmitteilung vom 1. Mai 2024). Wie viele Gesuche sind in der Periode Juni bis Dezember 2024 eingegangen und wie viele dieser Gesuche wurden bewilligt?
25.7202	DE FR IT	Fra. Aeschi. «Strichli-Liste» von alt Nationalrat Toni Brunner, SVP-Parteipräsident 2008-2016. Anfrage Nummer 29 im ersten Quartal 2025	Nachdem die Ausschaffungs-Initiative (09.060) am 28. November 2010 durch Volk und Stände angenommen wurde, dauerte es 14 (!) Jahre, bis der Bundesrat am 26. November 2024 erste Zahlen zu den Wegweisungen und Landesverweisungen bekannt geben konnte (Link). Zahlreiche Zahlen bleiben noch unter Verschluss (siehe 2. und 3. Frage unter 24.7938). Ist der Bundesrat bereit, eine monatliche Publikation der Zahlen - analog zu den BAZG-Zahlen zur «Irregulären Migration» - zu prüfen?
25.7215	DE FR IT	Fra. Schmezer. KI und Urheberrecht	Künstliche Intelligenz entwickelt sich massiv und in rasantem Tempo. Die Regulierung hinkt hinterher, zentrale Aspekte sind überhaupt nicht geregelt. Techfirmen nutzen ohne Einwilligung der Rechteinhaber und ohne Rücksicht auf territoriale Gesetze vorhandene digitalen Daten. Die Dringlichkeit der Situation hat sich seit Beginn dieses Jahres zusätzlich verschärft. Wie gedenkt der Bundesrat die Urheberrechte der Schweizer Rechteinhaber/innen, insbesondere der Kulturschaffenden, zu schützen?

25.7219	DE FR IT	Fra. Schmezer. Bedrohung des digitalen Kulturerbes	Die Digitalisierung des Kulturerbes ist weit fortgeschritten. Es soll einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Doch nun berichten selbst kleine Museen von massiven Abfragen von Amazon, Google und Co. Techfirmen missbrauchen digitales Kulturerbe, um ihre KI zu trainieren. Kennt der Bund das Ausmass dieser Aktivitäten? - Werden solche Daten erhoben? - Was lässt sich daraus ablesen? - Fall keine Daten erhoben werden: warum nicht?
25.7220	DE FR IT	Fra. Schmezer. Schutz des digitalen Kulturerbes	Die Digitalisierung des Kulturerbes ist weit fortgeschritten. Es soll einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Doch nun berichten selbst kleine Museen von massiven Abfragen von Amazon, Google und Co. Wird digitalisiertes Kulturerbe für das Training von künstlicher Intelligenz genutzt, wird kulturelles Allgemeingut für kommerzielle Zwecke in Privateigentum überführt. Wie will der Bundesrat diesen Missbrauch und den drohenden Verlust der kulturellen Vielfalt abwenden?
25.7221	DE FR IT	Fra. Kolly. Im neuen Rahmenabkommen ausgehandelte Schutzklausel	Im Faktenblatt zum neuen Rahmenabkommen betont der Bundesrat: «Die neu konzipierte Schutzklausel kann von der Schweiz eigenständig aktiviert werden». Die Europäische Kommission ihrerseits schreibt: «Die Klausel als solche ist nicht einseitig». 1. Welche Information stimmt? 2. Kann die Schweiz die Schutzklausel einseitig aktivieren oder muss sie sich ans Schiedsgericht beziehungsweise an den Europäischen Gerichtshof wenden, um die Schutzklausel zu aktivieren?
25.7227	DE FR IT	Fra. Bühler. Rückführungen nach Eritrea – was tut der Bundesrat?	Die Schweiz wollte das Regime mithilfe von Projekten, die von der DEZA finanziert wurden, dazu bringen, Rückführungen zu akzeptieren. Die Ziele wurden nicht erreicht, und der Bund stellte vor kurzem die Entwicklungshilfe für Eritrea ein. 1. Welche Massnahmen gedenkt die Schweiz zu ergreifen, um Eritrea zur Rückübernahme seiner eigenen Staatsangehörigen zu verpflichten? 2. Ist es europäischen Ländern gelungen, Eritreerinnen und Eritreer unter Anwendung von Zwangsmitteln in ihr Herkunftsland zurückzuführen? 3. Wenn ja: unter Anwendung welcher Zwangsmittel?

25.7255	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Asyl-Spitzenreiter Türkei: Wie weiter nach der Waffenruhe der kurdischen PKK?	15% aller Asylgesuche stammen aus der Türkei. Damit belegt ausgerechnet ein Europaratsstaat Platz 2. Personen mit PKK-Nähe seien in der Türkei gefährdet (Faktenblatt SFH). Doch in der Schweiz betreibt die PKK Propaganda, Ausbildungslager & Indoktrination (Lagebericht NDB 2024). Nach dem Aufruf ihres Gründers Öcalan hat die PKK nun eine Waffenruhe ausgerufen. 1. Wie viele Gesuche sind mit PKK-Nähe begründet? 2. Diesbzgl. Schutzquote? 3. Was bedeutet das für die innere Sicherheit? 4. Was unternimmt der BR?
25.7260	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Verdoppelung der Terrorverfahren: Was unternimmt der Bundesrat zum Schutz der Bevölkerung?	Laut Bundesanwalt steigt die Terrorgefahr auch in der Schweiz: "Der Bund hat die innere Sicherheit lange Zeit vernachlässigt." Aktuell laufen 120 Terror-Verfahren. Das sei eine Verdoppelung innert zweier Jahre und damit ein historischer Höchststand. Die meisten hätten einen dschihadistischen Hintergrund. 1. Wie hoch ist der Anteil Terrorverdächtiger, die illegal oder via Asylgesuch in die Schweiz gelangt sind? 2. Wie hoch ist der Ausländeranteil? 3. Was unternimmt der BR zum Schutz der Bevölkerung?
25.7263	DE FR IT	Fra. Zybach. Ein weiter Weg zu Lohnleichheit	Die Unternehmen, die an der Umfrage der Berner Fachhochschule «Zwischenbilanz zum Vollzug Art 13g – 13i GIG (Lohnleichheitsanalysen)» teilgenommen haben sind diejenigen Unternehmen, die ihre Aufgabe korrekt wahr genommen haben (Response Bias). - Wie will der Bundesrat die vorhandene Antwortverzerrung in seiner Bewertung der Wirkung des Gesetzes berücksichtigen? - Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, damit die in der Verfassung festgeschriebene Gleichstellung von Mann und Frau erreicht wird?
25.7265	DE FR IT	Fra. Zybach. Lohnleichheit - Einhalten des Gleichstellungsgesetzes	Der Schlussbericht «Zwischenbilanz zum Vollzug Art 13g – 13i GIG (Lohnleichheitsanalysen)» zeigt auf, dass 39.6% der Arbeitgeber mit mehr als 100 Mitarbeitenden die gesetzliche Pflicht, ihre Mitarbeitenden über die Lohnleichheitsanalysen zu informieren, nicht erfüllen. - Wie wird der Bundesrat die Unternehmen über das gesetzlich vorgegebene Verfahren informieren und sensibilisieren? - Welche Massnahmen wird der Bundesrat treffen, damit dieses Gesetz zu 100% umgesetzt wird?

25.7266	DE FR IT	Fra. Revaz. Lohnungleichheit	Die Zwischenbilanz der Umsetzung der Artikel 13g–13i des Gleichstellungsgesetzes hat ergeben, dass das Gesetz nicht richtig angewandt wird. Im Januar 2024 wurde die Toleranzschwelle in Logib in «fakultativer Zielwert» umbenannt und auf 2,5 Prozent gesenkt. Die Unternehmen interpretieren diesen Indikator als Billigung von Lohndiskriminierungen bis zu diesem Prozentsatz. Wie will der Bundesrat den Unternehmen verständlich machen, dass jegliche Lohndiskriminierung verboten ist?
25.7268	DE FR IT	Fra. Docourt. Wie werden die Auswirkungen des Gleichstellungsgesetzes evaluiert?	Der Bundesrat will die Auswirkungen des Gleichstellungsgesetzes in zwei Jahren evaluieren lassen, obwohl das Bundesamt für Statistik bereits zuverlässige Daten über den unerklärten Anteil der Lohndifferenzen liefert (Sonderauswertung der Lohnstrukturhebung). - Wie will der Bundesrat die Evaluation durchführen? - Wird er Massnahmen gegen allfällige Gesetzesverstösse vorschlagen?
25.7273	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Sonderabgaben im Asylverfahren: Gelebte Praxis oder toter Buchstabe?	Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Personen mit Schutzstatus S unterstehen gemäss Art. 86 AsylG einer Sonderabgabe auf Vermögenswerte. Polizei-, Grenzschutz- und andere Behörden können Vermögenswerte vorläufig sicherstellen. Diese werden dem SEM überwiesen (Merkblatt SEM). 1. Werden alle Gesuchsteller auf ihre Offenlegungspflicht aufmerksam gemacht? 2. Wie oft und in welcher Höhe werden pro Jahr a. Vermögenswerte sichergestellt (nach Status)? b. Sonderabgaben erhoben (nach Status)?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

25.7157	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Das Ende des Sprengdispositivs: Eine Fehlentscheidung für die Schweizer Verteidigung?	Jahrzehntelang hat die Schweizer Armee Sprengstoff u.a. in Grenzbrücken eingebaut, um im Ernstfall feindliche Truppen aufzuhalten. Angesichts der aktuellen Bedrohungslage stellt sich die Frage, ob der vollständige Rückbau je sinnvoll war. - Warum wurde das bewährte Sprengdispositiv abgebaut, obwohl es zentral für die Verteidigungsstrategie war? - Wäre eine Wiedereinführung des Sprengdispositivs technisch noch möglich? - Wie lange würde es dauern, eine vergleichbare Schutzmassnahme wieder einzuführen?
25.7170	DE FR IT	Fra. Rügsegger. Ausschreibung für Kompakttraktoren - Zukunftsweisende Technologien werden ausgeschlossen.	Gemäss der Ausschreibung 5622 auf Simap für 12 Kompakttraktoren über 9 Jahre wird als Grundkriterium 2.2 Diesel gefordert. Aus welchen Gründen verschliesst sich der Bund in der heutigen Zeit, an einer Zukunftsweisenden Technologie wie Elektrotraktoren, insbesondere wenn in der Schweiz ansässige innovative KMU's sich mit diesen beschäftigen und nachhaltige Lösungen anbieten?

25.7246	DE FR IT	Fra. Grossen Jürg. Wie können Elektrotraktoren bei der Beschaffung von Unterhalts- und Gartenfahrzeugen bei der Armasuisse zugelassen werden?	Die Antwort des Bundesrates auf die Frage 25.7017 ist unzureichend. Für elektrische Unterhaltsfahrzeuge sind keine spezifischen Ladeinfrastrukturen notwendig, sie können mit einfachen Ladekabeln geladen werden. Es gibt konkurrenzfähige Elektrotraktoren aus Schweizer Produktion auf dem Markt. Welchen Weg sieht der Bundesrat, um die Beschaffung der SIMAP-Ausschreibung 5622-01 auf Elektrotraktoren gemäss der Weisung des VBS vom 11.12.2020 anzupassen?
25.7248	DE FR IT	Fra. Jost. Wird Ladeinfrastruktur für elektrische Fahrzeuge beim Bund gefördert?	Bezugnehmend zur Frage 25.7017 «Weshalb sind nur Dieseltraktoren in armasuisse-Beschaffung zugelassen?»: Die Fahrzeuge sind grundsätzlich in Werkhöfen eingestellt. - Geht der Bundesrat davon aus, dass dort keine Industriesteckdosen installiert werden können und was versteht der Bundesrat unter flächendeckende Ladeinfrastrukturen? Gemäss dieser Weisung ist die Anschaffung von nicht elektrischen Fahrzeugen bewilligungspflichtig. - Liegt eine solche für die SIMAP-Ausschreibung 5622-01 vor?
25.7191	DE FR IT	Fra. Seiler Graf. Streumunition für Schweizer Armee?	In der aktuellen Ausgabe des "Schweizer Soldaten" propagiert Oberstlt i GSt Thomas Vogel die Aufrüstung der Armee. Unter anderem setzt er sich für den Kauf von Streumunition ein: - Wie stellt sich der Bundesrat dazu, dass sich ein Kaderangehöriger der Armee für Streumunition stark macht? - Wie kann sichergestellt werden, dass sich alle AdA an Art. 8a des KMG halten?
25.7210	DE FR IT	Fra. Schmezer. Bedrohung von Bundes- und anderen Behörden durch Cyberangriffe	Infrastrukturen der Swisscom werden gemäss CEO Aeschlimann (NZZ 9.3.25) jeden Monat rund 200 Millionen mal – in Worten zweihundert Millionen mal! – im Cyberspace angegriffen. - Wie viele Cyberangriffe erfolgen monatlich auf Bundesbehörden, Kantonsbehörden, Gemeindebehörden? Gibt es dazu Zahlen? Falls nein: Warum nicht? - Wer kennt und misst die Qualität solcher Angriffe (Angriffe durch gemeine Cyberkriminelle, Hacktivist*innen oder staatliche Akteure)? Was kann der BR dazu sagen?
25.7251	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Warum gibt es keine Reserven im Materialangebot der Armee?	Die LBA reduziert das Materialangebot ausgewählter Systeme für Grund- und Fortbildungsdienste um 20 %. Militärwissenschaftlich sollte das Angebot 30 % über dem Bedarf liegen, um Reserven für Wartung, Ausfälle und Ersatzteile zu sichern. - Plant die Armee keine Reserven? - Falls doch, wie werden Menge und Verfügbarkeitsdauer dieser Reserven bei Beschaffungen berechnet?

25.7252	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Eingeschränkte Kapazitäten in der Armee?	Die LBA hat bekanntgegeben, dass das Materialangebot ausgewählter Systeme für Grundausbildungs- und Fortbildungsdienste der Truppe um 20% reduziert werden. - Wie lange wird diese Einschränkung bestehen? - Woher kommt dieser plötzliche Handlungsbedarf, wann wurde er erkannt und wie lange wird er bestehen? - Bis wann werden die Grundausbildungs- und Fortbildungsdienste wieder vollständig mit diesen oder vergleichbaren Systemen ausgerüstet werden?
---------	--	---	---

Bundeskanzlei

25.7217	DE FR IT	Fra. Nause. Rücktrittsforderung an Armeechef Süssli	Wie die NZZ am 1. März 2025 berichtete, forderte Bundespräsidentin Keller-Suter den Rücktritt von Armeechef Süssli. Ist diese Aussage richtig und was ist die Haltung des Bundesrats?
---------	--	---	--

Departement des Innern

25.7158	DE FR IT	Fra. Tuena. Neue IGV: Annahme per kollektivem Schweigen	Am 1. Juni 2024 wurden die neuen IGV nicht durch eine formelle Einzelabstimmung der Länder, sondern per kollektivem Schweigen angenommen. - Wie kann der Bundesrat garantieren, dass dieser Entscheid rechtsgültig ist, wenn es keine individuelle Annahme durch die Staaten gab? - Auf welche rechtliche Grundlage stützt er sich dabei? - Und bedeutet dies, dass die Schweiz künftig auch andere supranationale Verträge ohne eigentliche Abstimmung akzeptieren muss?
25.7163	DE FR IT	Fra. Roduit. Für eine rasche Anerkennung von Medizinprodukten durch die Food and Drug Administration in den USA	Am 28. November 2022 hat der Nationalrat die Motion 20.3211 an den Bundesrat überwiesen, die verlangt, dass in der Schweiz auch Medizinprodukte aussereuropäischer Regulierungssysteme zugelassen werden können. Zahlreiche Gesuche um Zertifizierung sind bei der Food and Drug Administration in den USA hängig, zum Beispiel für Exoskelette. Wie sieht der Zeitplan für die Umsetzung der Motion und der Gesetzesänderungen aus, die erforderlich sind, damit diese Produkte rasch anerkannt werden können?
25.7167	DE FR IT	Fra. Klopfenstein Broggin. Wie kann das Trinkwasser vor Trifluoressigsäure geschützt werden, wenn der Einsatz der meistverwendeten Pestizide, die per- und polyfluorierte Alkylverbindungen enthalten, in Grundwasserschutzzonen bewilligt ist?	Trifluoressigsäure (TFA) ist eine hochmobile und gleichzeitig persistente Substanz, die von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit als endokriner Disruptor klassifiziert wurde. In seiner Antwort auf meine Interpellation 24.4442 gibt der Bundesrat an, dass Wirkstoffe, welche zu den sogenannten PFAS (Per- und polyfluorierten Alkylverbindungen) gehören, sich potenziell zu Trifluoressigsäure (TFA) abbauen können. Welche PFAS-haltigen Pestizide sind nach Artikel 68 der Pflanzenschutzmittelverordnung verboten und welche nicht? Warum ist dies so und wann gibt es eine Anpassung?

25.7168	DE FR IT	Fra. Klopfenstein Broggin. Weshalb warten gewisse Pyrethroiden seit 2019 auf eine Überprüfung?	In seiner Antwort auf die Interpellation <u>20.3901</u> gab der Bundesrat an, dass die Überprüfung von sieben Pyrethroiden im Laufe des Jahres 2020 abgeschlossen sein werde. Gemäss der aktuellen Liste der Wirkstoffe, bei denen eine Überprüfung der Pflanzenschutzmittel-Produkte läuft beziehungsweise abgeschlossen wurde, läuft die Überprüfung von vier Pyrethroiden seit 2019. – Weshalb wurde die Überprüfung von gewissen Pyrethroiden bereits abgeschlossen, während sie es bei anderen noch immer nicht ist? – Wann wird die Überprüfung abgeschlossen sein?
25.7169	DE FR IT	Fra. Steinemann. Wie viele konkrete Fälle von Lohndiskriminierung gibt es?	Seit Jahren wird eine diffuse Diskriminierung bei der Entlohnung von Frauen beklagt. In der Schweiz kann jeder absolut niederschwellig, form- und kostenlos klagen, wenn sie (oder er) eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes insbesondere beim Lohn vermutet. – Wie viele Klagen sind in den letzten fünf Jahren schweizweit eingereicht worden? – Wie sind diese Verfahren ausgegangen?
25.7178	DE FR IT	Fra. Vontobel. Käuflicher Sex mit schwangeren (!) Frauen – wo bleibt ihr Schutz?	Im Sexgewerbe besteht eine Nachfrage nach Frauen, die sich im schwangeren Zustand Freiern zum Sex anbieten. Viele Frauen in der Prostitution arbeiten – euphemistisch ausgedrückt – in einem «Angestelltenverhältnis». 1. Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass der Verkauf des eigenen Körpers zum Sex eine gefährliche und belastende Tätigkeit ist? 2. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die gesetzlichen Regelungen zum Gesundheitsschutz bei Mutterschaft in diesem Bereich wirksam durchgesetzt werden?
25.7183	DE FR IT	Fra. Michaud Gigon. Zugang von ausländischen Ärztinnen und Ärzten zum Gesundheitswesen. Paradoxe administrative Situation	– Aus welchem Grund sind schon in der Schweiz lebende Ärztinnen und Ärzte, die ihr Diplom ausserhalb der EU erworben haben, mit einer paradoxen Situation konfrontiert? Sie müssen heute 36 Monate als Assistenzärztinnen und -ärzte arbeiten, damit sie die eidgenössische Prüfung ablegen und ihr Diplom anerkennen lassen können. Die Gesundheitseinrichtungen verlangen jedoch ein anerkanntes Diplom bei der Vergabe der Stellen, eben der Stellen, die eine Voraussetzung für die Zulassung zur Prüfung sind. – Ist diese Situation nicht paradox? – Wird an einer Lösung gearbeitet?
25.7187	DE FR IT	Fra. Michaud Gigon. Ausmass und Auswirkungen der Exposition gegenüber Mikroplastik: Was ist der Stand der Dinge?	In seiner Antwort auf die Interpellation <u>24.3344</u> schrieb der Bundesrat, dass er prüfe, ob bei einer zukünftigen Schweizer Gesundheitsstudie die Analyse von Mikroplastik im Blut möglich sei. – Hat der Bundesrat solche Analysen durchgeführt? Wenn ja, welche Erkenntnisse und Entscheide resultieren daraus? Wenn nein, wann wird er sie durchführen? – Weshalb sollten die Analysemethoden, die von den Autorinnen und Autoren der zitierten Studie (doi.org/10.1093/toxsci/kfae021) verwendet werden, nicht geeignet sein?

25.7195	DE FR IT	Fra. Thalmann-Bieri. Kann die Cannabis-Studie folgende wichtige Aspekte abbilden? (von sieben bewilligten Pilotversuchen)	- Wird an die Polizei die Teilnehmenden-Liste übermittelt, damit Verkehrsunfälle in der Studie berücksichtigt werden (Fahrtüchtigkeit)? - Wird der Polizei die Teilnehmenden-Liste weitergegeben, damit Gewalttaten in der Studie berücksichtigt werden können (Gewalt)? - Melden die Krankenkassen, wenn die Teilnehmenden einen Unfall oder eine Krankheit haben und wie lange? (Krankheit) - Wird abgebildet, ob die Person in den Cannabisversuchen von der IV oder Sozialamt abhängig ist? Wenn ja: von wann bis wann?
25.7197	DE FR IT	Fra. Balmer. Beurteilung der Zweckmässigkeit im Rahmen der WZW Kriterien gemäss Art 32 KVG	Die Beurteilung medizinischer Behandlungen und Therapien (gemäss WZW, Art. 32 KVG) erfolgt unter Prüfung rechtlicher, ethischer, sozialer und gesellschaftlicher Aspekte. Volkswirtschaftliche Aspekte (z.B. raschere Wiederaufnahme der Arbeit, weniger Spitaltage oder Pflegeleistungen) können in die Zweckmässigkeit einfließen. Wie wird dieser aufgrund der Vertraulichkeit der Kommissionen (EAK, ELKG, EAMGK) unklare Einbezug des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzens umgesetzt?
25.7205	DE FR IT	Fra. Wyss. Kein Geld mehr für gesundheitliche Chancengleichheit: Was unternimmt der Bundesrat?	Das BAG hat weitreichende Sparmassnahmen beschlossen. Unter anderem gibt es den Bereich gesundheitliche Chancengleichheit auf (Schliessung der Sektion, Streichung aller Gelder). Gemäss Strategie Gesundheit 2030 sind ungleiche Gesundheitschancen (z.B. wegen Sprache, Herkunft, sozialem Status) aber eine der zentralen gesundheitspolitischen Herausforderung der Schweiz. - Teilt der Bundesrat diese Einschätzung weiterhin? - Und wenn ja: Wie will er die Herausforderung denn künftig angehen?
25.7225	DE FR IT	Fra. Zybach. Das Massensterben der Schafe	Am 10.3.25 wurde publik, dass insgesamt 92 Wölfe zur präventiven Regulierung zwischen September 2024 und Januar 2025 abgeschossen wurden. Bei den gerissenen Schafen wurde ein sinkender Trend bestätigt. Das effektive Drama ist jedoch das qualvolle Verenden der Schafe unabhängig vom Wolf, 56'838 Tiere im Jahr 2024, das sind 13% des Bestandes, Trend zunehmend! Was wird der Bundesrat unternehmen, um das Massensterben von Schafen, eine unhaltbare Situation in der Nutztierhaltung, zu stoppen?

25.7228	DE FR IT	Fra. Walder. Unterstützt der Bundesrat die Ausarbeitung eines internationalen Übereinkommens über die Rechte älterer Personen?	Am 13. August 2024 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolution 78/324 über die Rechte älterer Personen angenommen. Der Menschenrechtsrat mit Sitz in Genf wird nun am Donnerstag eine von Argentinien, Slowenien, Brasilien, Gambia und den Philippinen vorgelegte Resolution über die Schaffung einer zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe behandeln, die nach vierzehn Jahre dauernden Debatten in New York ein Übereinkommen über die Rechte älterer Personen ausarbeiten soll. Wie wird die Schweiz diesen Prozess unterstützen, damit die Rechte älterer Personen weltweit verbessert werden können?
25.7241	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Zürcher Studie betreff. chronische Krankheiten und komplementärmedizinische Behandlungen unerwünscht	Bei einigen chronischen Krankheiten können komplementärmedizinische Behandlungen erfolgreicher sein als schulmedizinische. Es gab eine Beobachtungsstudie von Fachleuten, welche dieser Frage nachging, welches Therapiekonzept bei chronischen Patienten das erfolgreichste ist, ob dies das schulmedizinische, komplementärmedizinische oder ein alternatives ist. 1. Warum lehnte die Ethikkommission den Antrag der Studie ab? 2. Wäre es nicht sinnvoll, dass Forschung in diese Richtung vorangetrieben würde?
25.7247	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Importverbot von tierquälerischem Pelz - Gegenvorschlag - Vernehmlassung - Furmark Label	Das Importverbot von tierquälerischem Pelz ist in der Bevölkerung ein grosses Anliegen. Swisfur schlägt u.a. im Rahmen der Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag das Furmark-Label als Lösung vor. 1. Wie bewertet der Bundesrat diesen Vorschlag, wenn Furmark lediglich eine marktseitige Selbstregulierung darstellt und keine tatsächliche Verbesserung im Tierschutz bringt? 2. Hält der Bundesrat es für sinnvoll, ein solches Label, welches von der Pelzindustrie selbst getragen wird, zu fördern?
25.7264	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Gesundheit im Alter steht nicht mehr auf der Prioritätenliste des öffentlichen Gesundheitswesens	Scheinbar zählt die Förderung der Gesundheit älterer Menschen wegen der vom Bundesrat beschlossenen Sparmassnahmen nicht mehr zu den Prioritäten des Bundesamtes für Gesundheit. Da die Bevölkerungsalterung eine der grössten Herausforderungen unserer Gesellschaft darstellt, sollte die Gesundheit im Alter jedoch ein vorrangiges Ziel sein. Besteht nicht ein Widerspruch zwischen geäusserten Bedenken und Sparen am falschen Ende?
25.7269	DE FR IT	Fra. Wyssmann. IGV-Revision: Warum keine parlamentarische Behandlung?	Warum sieht der Bundesrat keine Notwendigkeit, die geänderten IGV vor Ablauf der Opting-out-Frist am 19. Juli 2025 im Parlament zu behandeln, obwohl die Zustimmung danach nicht mehr zurückgezogen werden kann?

25.7271	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Hält der Bundesrat das nicht für gefährlich, wenn sich die ganze Schweizer Bevölkerung an Bestimmungen einer Organisation halten muss, die ihre eigenen Regeln nicht einhält?	- Ist es richtig, dass die IGV eine viermonatige Frist vorsehen, vor welcher die Mitgliedstaaten einen fertigen Gesetzestext erhalten müssen, und ist es weiterhin richtig, dass sowohl am 17.4.2024, wie auch am 1.6.2024 (dem Abstimmungstag selber), noch zahlreiche Änderungen eingefügt wurden? - Hat die Schweiz Beschwerde gegen diese Rechtsverletzung eingereicht oder sich sonst dagegen zur Wehr gesetzt und falls ja, wie?
25.7272	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Anlage 1, A, 2c angepasste IGV	- Was ist unter Kernkapazität bei der Koordination der Risikokommunikation und dem Umgang mit Fehl- und Desinformation zu verstehen? - Und wie kann der Bundesrat bewirken, dass nicht nur ausschliesslich die Meinung der WHO akzeptiert wird, sondern auch ein nationaler Diskurs stattfinden kann?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

25.7165	DE FR IT	Fra. Riem. Strategie: "Schutz der Kulturen"	Das Bundesamt für Landwirtschaft spricht davon eine Strategie "Schutz der Kulturen" auszuarbeiten. Wie weit fortgeschritten sind die Arbeiten und welche weiteren Schritte sind dabei geplant?
25.7189	DE FR IT	Fra. Roduit. Anerkennung von kanadischen Diplomen: endlose Wartezeiten	Mehrere Personen mit einem pädagogischen Diplom von einer kanadischen Universität, insbesondere von der Université de Sherbrooke (Quebec), monieren die langen Wartezeiten für die Anerkennung ihres Diploms, das verlangt wird, um in der Schweiz unterrichten zu können. Die zuständige Bundesbehörde schätzt die Wartezeit für die Anerkennung eines europäischen Diploms auf acht Monate und für ein kanadisches Diplom auf über ein Jahr. Was kann angesichts des Lehrpersonenmangels und des hohen Stellenwerts des Bildungssystems in Quebec getan werden, um diese Wartezeiten zu verkürzen?
25.7198	DE FR IT	Fra. Aeschi. Staatliche Regulierung bei der Wohnungsvergabe statt Begrenzung der masslosen Zuwanderung	Statt die masslose Zuwanderung zu begrenzen, fordert die FDP in verschiedenen Gemeinden einen «Einheimischenvorrang für Mietwohnungen» («Adliswiler first», NZZ, 10. März 2025 oder «FDP-Kantonsräte möchten Wohnungen, die nur Zuger bewohnen dürfen», Zuger Zeitung, 17. Februar 2025). Ist eine Diskriminierung von EU-Bürgern gegenüber Schweizern bei der Vergabe von Mietwohnungen mit dem EU-Personenfreizügigkeitsabkommen vom 21. Juni 1999 vereinbar?
25.7208	DE FR IT	Fra. Gutjahr. Schwarzarbeit - wie viel Sozialversicherungsbeiträge und Steuern gehen flöte?	Die Schwarzarbeit wird auf knapp 7% der Wirtschaftsleistung geschätzt (arbeitsrechtinfo.ch). - Werden neben den Fakten für den BGSA-Bericht noch weitere Zahlen zur Schattenwirtschaft durch die Kontrollorgane erhoben bzw. dem Bund gemeldet? Wenn ja, welche sind dies? - Verfügt der Bund über eigene Zahlen oder Schätzungen zu den Ausfällen bei: -- den Prämien für die Unfallversicherung -- Abgaben für die Sozialversicherungen -- Steuerausfällen auf Stufe Bund und Kantone

25.7223	DE FR IT	Fra. Meier Andreas. Negativen Entwicklungen in den Handelbeziehungen mit den USA entgegen.	Die USA haben die Schweiz offiziell auf eine "schwarze" Liste von Staaten gesetzt, die mit "unfairen Handelsmethoden" agieren. Entsprechend muss die Schweiz negative Auswirkungen für ihre Exportindustrie fürchten, obwohl diese bereits ohnehin stark unter Druck steht. Was unternimmt der Bundesrat, um weitere negativen Entwicklungen zu entgegn
25.7231	DE FR IT	Fra. Jost. Können gezüchtete Insekten die Wildbestäuber wirklich ersetzen?	Auf meine Frage 24.7843 sagt der Bundesrat, falls «die Bestäubungsinsektenpopulationen zurückgehen, könnte man teilweise auf gezüchtete Insekten zurückgreifen, wie [...] in geschützten Kulturen». Angesichts des fortschreitenden Insektensterbens: - Was genau bedeutet «könnte man teilweise»? - Gibt es Analysen zu Machbarkeit, Kosten und Wirkung, für entomophile Kulturen? Wenn ja, wo sind sie publiziert? Wenn nein, warum? - Was bedeutet das Insektensterben für andere Kulturen und für die natürliche Flora?
25.7238	DE FR IT	Fra. Barandun. Wie weiter mit der Schweizer Drohnentechnologie?	Die Schweizer Drohnenindustrie ist führend. Zürich und Lausanne sind zu internationalen Forschungszentren für Drohnentechnologie geworden. Die Hersteller sehen sich aber zunehmend mit der Herausforderung konfrontiert, dass deren Produkte Dual-Use-Güter sind und der Exportkontrolle unterliegen. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass dieser Industriezweig weiterhin in der Schweiz verbleibt und ihm nicht das gleiche Schicksal wie der Schweizer Rüstungsindustrie droht?
25.7240	DE FR IT	Fra. Rügsegger. Reformvorschläge und Kostensenkungsmassnahmen für Agrar-Inputpreise	Vor zwanzig Jahren hat die Preisüberwachung die hohen Agrar-Inputpreise analysiert und zehn Vorschläge zur Kostensenkung bei den Produktionsmitteln publiziert. Mehrere Studien bestätigen, dass die Schweizer Landwirte für ihre Vorleistungen bedeutend mehr als ihre Kollegen in umliegenden Ländern bezahlen. Die Datenbasis ist ungenügend. Wie viele der damals von der Preisüberwachung publizierten zehn systematischen Reformvorschläge und Kostensenkungsmassnahmen sind bisher umgesetzt worden?
25.7242	DE FR IT	Fra. Baumann. Gewährleistung der Politikkohärenz ohne CNS-FAO?	Der Bundesrat betont in der Klimastrategie Landwirtschaft und Ernährung die Bedeutung der Agrarökologie für die Transformation unseres Ernährungssystems und die Ernährungssicherheit. Nun hat das BLW das Multistakeholderorgan CNS-FAO gestrichen, welches sich über Jahrzehnte als wichtiges Instrument für die Gewährleistung der Politikkohärenz insbesondere auf internationaler Ebene bewährt hat. Wie wird sichergestellt, dass die Transformation weiterhin mit allen Stakeholdern vorangetrieben wird?

25.7250	DE FR IT	Fra. Jost. Garantiekapital für multilaterale Entwicklungsbanken: Anpassungen und Effizienzsteigerung	- Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat in Anbetracht der Entwicklungen rund um USAID für eine freiwillige Erhöhung des Garantiekapitals für multilaterale Entwicklungsbanken, u.a. durch selektive Kapitalerhöhungen ohne Stimmrechtserweiterung, um deren Kreditkapazität zu stärken? - Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat, die aktuelle, strikte Rückstellungspraxis für Garantiekapital anzupassen, um die Effizienz dieses Instruments in der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern?
25.7258	DE FR IT	Fra. Gugger. Wie viele Pyrethroide sind heute in der Schweiz noch zugelassen?	Auf die Interpellation 21.3338 schrieb der Bundesrat, dass 7 Wirkstoffe der besonders toxischen Pyrethroide als Pflanzenschutzmittel (PSM) zugelassen seien. - Welche Pyrethroide wurden seither verboten, welche neu zugelassen? - Welche Pyrethroide durften 2024 im Rahmen von Notfallzulassungen und Ausnahmegewilligungen angewendet werden? - Wie hoch sind die Risiko-Scores der verschiedenen Pyrethroide, auch im Vergleich zu den übrigen Pestizid-Wirkstoffen?
25.7267	DE FR IT	Fra. Gugger. Der Biodiversitätsverlust gehört gemäss WEF zu den grössten Wirtschaftsrisiken	Im Januar hat das World Economic Forum WEF den Global Risks Report publiziert. Im Zeithorizont von 10 Jahren werden der Biodiversitätsverlust und das Zusammenbrechen von Ökosystemen als zweitgrösstes Risiko für die Weltwirtschaft eingestuft. Um die Biodiversität der Schweiz steht es schlecht. Im Vergleich zu unseren Nachbarländern sind die Roten Listen durchgehend länger. Entsprechend muss in der Schweiz von hohen Risiken für die Wirtschaft ausgegangen werden. Wie begegnet das WBF diesen Risiken?